

## Von wegen Pfennigfuchser

Im Club La Redoute kritisiert Bundesrechnungshof-Präsident Kay Scheller Milliarden-Verschwendung bei Subventionen und Straßenbau

Von Jasmin Fischer

Bonn. Pfennigfuchser sind sie für die einen: Penibel, kompromisslos, Menschen in grauen Anzügen, die jedes Projekt durch die puritanische Spaßbremse ruinieren. Für andere sind sie die letzten Kontrolleure einer verschwendungssüchtigen öffentlichen Hand. Die Wahrheit über die Arbeit des Bundesrechnungshofes, so führte Präsident Kay Scheller gestern im Internationalen Club La Redoute aus, liegt zwischen beiden Vorurteilen.

Beispiel Bundeswehr: Die Ausbildung der Fallschirmjäger sollte von Bayern nach Niedersachsen verlegt werden. „Mehrausgaben: 50 Millionen Euro – obwohl der neue Standort schlechter geeignet gewesen wäre“, erklärt Scheller. Der Bundesrechnungshof kann solche Fehlplanungen nicht verbieten, aber kann eine „Empfehlung“ aussprechen. „In neun von zehn Fällen folgt der Rechnungsprüfungsausschuss unseren Empfehlungen und bittet das Ministerium, die Mängel abzustellen“, so Scheller. Aktuell beanstandet er 4,7 Milliarden Euro an geplanten Ausgaben. „Entlastungspotenzial“ sieht Scheller etwa an der Autobahn A2, die für 600 000 Euro zusätzlich versetzt werden muss, weil eine Brücke nicht am geplanten Platz erbaut wurde.

Doch dem Präsidenten des Bundesrechnungshofes ging es gestern Abend nicht ums Erbsenzählen. „Ausgeglichene Einnahmen und Ausgaben allein machen den Bundeshaushalt nicht zukunftssicher“, mahnte er mit Blick auf Wolfgang Schäubles Traum von der Schwarzen Null. Er sieht andere große Haushaltsrisiken, darunter die demografische Entwicklung, die einen rasanten Anstieg an Zuschüssen zur Rentenversicherung erfordert. Klare Worte findet Scheller zur Verkehrsinfrastruktur: „Für Bundesfernstraßen sind Jahr für Jahr mehr Investitionen notwendig als derzeit geplant.“ Die Bundesregierung solle ein höheres Niveau anstreben, um Wachstum zu sichern. Auch beim Thema Steuervergünstigungen sieht der oberste Prüfer Spielräume: Die 20 größten Maßnahmen kosteten den Bund 2016 rund 14 Milliarden Euro. „Hier fehlt eine konsequente Analyse, welche Subventionen noch zeitgemäß sind“, mahnte er. Scheller kritisierte zudem viele Zugeständnisse vom Bund an Länder und Gemeinden bei Sozialhilfe, Kinderbetreuung und im Nahverkehr: „Die zunehmenden Verflechtungen gehen auf Kosten von Transparenz.“ Arbeit mit eigenen Finanzmitteln erhöhe stattdessen den Anreiz, mit Steuermitteln sorgfältig umzugehen. Dass sich die Arbeit des Rechnungshofes für Bürger lohnt, davon waren die Zuhörer – trotz kritischer Nachfragen – überzeugt. „Kay Scheller glaube ich mehr als dem Bundesfinanzminister“ – diesem Votum von Alexandra Gräfin Lambsdorff, Präsidentin des Internationalen Clubs, schlossen sich viele im Saal an.



Kay Scheller. FOTO: DPA